

## Reformvorschläge zur Verbesserung des Investitionsklimas

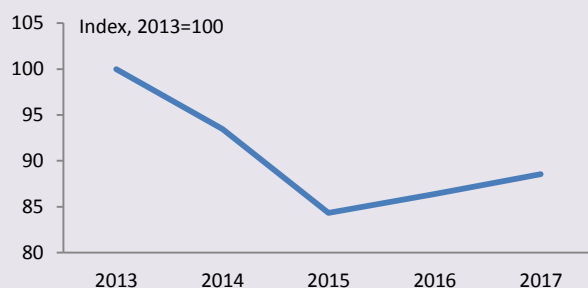
Nach der Überwindung der Wirtschaftskrise von 2014/15 ist die Ukraine wieder auf Wachstumskurs. Um ihren Bürgern eine echte Perspektive zu geben, sind allerdings höhere Wachstumsraten nötig; hierfür sind mehr Investitionen eine zentrale Voraussetzung.

Auch wenn sich das Investitions- und Geschäftsklima in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert hat, sind weitere Anstrengungen geboten. In Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer hat die Deutsche Beratergruppe eine Studie mit Reformvorschlägen zur Verbesserung des Investitionsklimas erstellt. Die Studie vereint insgesamt 28 konkrete Reformvorschläge von Unternehmen, die in 6 verschiedenen Fachausschüssen erarbeitet wurden. Im Vordergrund stehen hierbei Reformen mit direkten Auswirkungen auf das Geschäftsklima und Investitionen, der Abbau von Verwaltungshemmnissen und Bürokratie, sowie die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

### Ausgangspunkt

Nach der schweren wirtschaftlichen Krise von 2014/15 ist die Ukraine seit 2016 wieder im Wachstumsmodus, was unter anderem ein Erfolg der makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen ist. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat allerdings sein Vorkrisenniveau von 2013 bei weitem noch nicht wieder erreicht. Sollte die Wirtschaft jedes Jahr real um 3 % wachsen, was in etwa dem gegenwärtigen Wachstumstempo entspricht, so würde das Niveau von 2013 erst 2022 wieder erreicht werden.

### Reales Bruttoinlandsprodukt

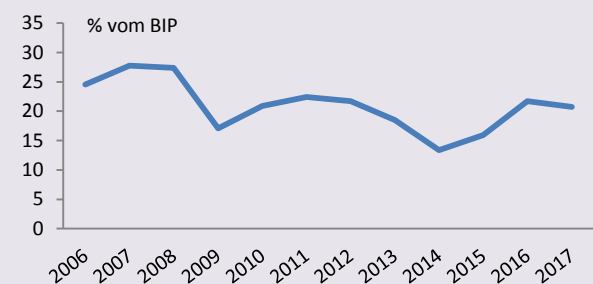


Quelle: IWF WEO Oktober 2018, eigene Berechnungen

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die mittelfristige Wachstumsrate zu erhöhen. Gelingt dies nicht, wird sich der bereits seit geraumer Zeit intensivierende Prozess der Migration von ukrainischen Arbeitskräften weiter beschleunigen. Ein Schlüsselfaktor für mehr Wachstum liegt in der Stimulierung privater Investitionen. Die aktuelle Investitionsquote in Höhe

von 20,7% des BIP (2017) ist zwar deutlich höher als im Krisenjahr 2014 (13,4%), aber immer noch weit entfernt von vergangenen Werten. So betrug die Investitionsquote 2006, also vor der globalen Finanzkrise, 24,5% des BIP. Das erneute Erreichen dieses Wertes ist keinesfalls abwegig: Laut der internationalen Ratingagentur Fitch verzeichnen Länder mit ähnlichem Kreditrating vergleichbare Investitionsquoten.

### Entwicklung der Investitionen



Quelle: IWF WEO Oktober 2018

Wie lässt sich die Investitionsquote steigern? Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt das Investitions- und Geschäftsklima, welches die unternehmerischen Rahmenbedingungen zusammenfasst. Laut der internationalen Vergleichsstudie „Doing Business“ der Weltbank, haben sich die Rahmenbedingungen in der Ukraine durch eine Reihe von Reformen in den vergangenen Jahren bereits deutlich verbessert: Belegte das Land im Jahr 2012 noch Platz 152, so verbesserte es sich in diesem Jahr auf Rang 76.

### Hintergrund der Studie

Trotz sichtbarer Erfolge bei der Verbesserung des regulatorischen Umfelds für Unternehmen berichten diese weiter über bestimmte Einschränkungen und Hemmnisse, die wiederum deren Investitionsabsichten belasten. Diese Einschätzung steht im Einklang mit der bisher noch eher zögerlichen Haltung ausländischer Investoren im Hinblick auf die Ukraine. So ist bisher keine Trendwende bei den Zuflüssen von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) zu verzeichnen, die jedoch eine zentrale Rolle für Produktivitäts- und Lohnentwicklung bzw. das Wirtschaftswachstum spielen.

Um bestimmte Hemmnisse zu identifizieren und konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten, hat die Deutsche Beratergruppe in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) eine Studie mit Reformvorschlägen deutscher, in der Ukraine tätiger, Unternehmen erstellt. Die Kammer, die 2016 offiziell eröffnet wurde,

umfasst fast 130 Mitgliedsunternehmen aus den verschiedensten Branchen der Wirtschaft.

Um diese einzigartige „Bottom-up“-Perspektive der Unternehmen zu erfassen, hat die Beratergruppe eng mit 6 verschiedenen Ausschüssen zusammengearbeitet. Auf Basis von standardisierten Fragebögen wurden die verschiedenen Hemmnisse identifiziert, strukturiert und priorisiert, und die damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen analysiert. Auf dieser Basis wurden daraufhin Politikvorschläge erarbeitet, die an staatliche Institutionen adressiert sind (z.B. Ministerkabinett, Parlament).

### Ausgewählte Reformvorschläge

Insgesamt sind durch das oben beschriebene Verfahren 28 Reformvorschläge erarbeitet worden, von denen 9 sektorübergreifend sind (d.h. aus den Bereichen „Recht“ bzw. „Steuern und Rechnungslegung“). Die verbleibenden Vorschläge fokussieren sich auf einzelne Bereiche und Sektoren, wie z.B. Finanzen oder Logistik und Transport.

Für eine gezielte Umsetzung der besagten Reformvorschläge, die sich in Umfang und Auswirkungen natürlich unterscheiden, ist eine Priorisierung unumgänglich. Aus diesem Grund beinhaltet die Studie eine „Top-10“-Liste der Reformen, die seitens der Entscheidungsträger als erste angegangen werden sollten, da sie relativ schnelle Erfolge versprechen. Diese 10 Reformen lassen sich dabei drei Bereichen zuordnen.

#### Maßnahmen mit direkten Auswirkungen auf Geschäftsklima und Investitionen

Hier stehen zwei Maßnahmen im Vordergrund. Zum einen, ist der Zugang zur Elektrizitätsversorgung weiterhin sehr problematisch und insbesondere für produzierende Unternehmen ein gravierendes Hemmnis. Eine Beschleunigung des Anschlusses an das Energienetz könnte zu einem signifikanten Anstieg von Investitionen im realen Sektor führen. Zum anderen, stellt sich ein möglicher Engpass von Transportlizenzen für Polen als ein gravierendes Hemmnis für Exporteure in die EU heraus. Hier ist mehr Transparenz geboten und gegebenenfalls eine Erhöhung auf dem Verhandlungsweg angeraten.

#### Abbau von Verwaltungshemmnissen und Bürokratie

In diesem Bereich sind verschiedenen Maßnahmen angesiedelt, wie z.B. die Verwendung von EU-Rechnungspreisen beim Import und die Abschaffung bestimmter Transportdokumente. Ebenso zählen hierzu die Abschaffung von gewissen Strafzahlungen im Steuerbereich, die Limitierung von Kontosperrungen bei strafrechtlichen Ermittlungen, sowie eine verbesserte Durchsetzung von Gerichtsbeschlüssen (z.B. in Steuersachen) gegen den Staat.

#### Gleiche Wettbewerbsbedingungen

Hier geht es darum ein „level playing field“ zu schaffen. Entsprechende Vorschläge betreffen den Bankensektor, wo der Staatsanteil durch die Krise deutlich angestiegen ist, aber auch den Bereich Landwirtschaft (z.B. bei Pflanzenschutzmitteln). Ebenso wichtig ist ein entschlossenes Vorgehen gegen Unternehmen, die die Scheinselbständigkeit zu ihrem Vorteil ausnutzen, um regelkonforme Unternehmen zu stärken.

#### **Ausblick**

Die Studie mit Reformvorschlägen zur Verbesserung des Investitionsklimas lässt sich als wichtige Ergänzung zur Agenda anderer internationaler Institutionen verstehen. Während letztere häufig auf wichtige strategische Fragestellungen fokussiert sind (z.B. Aufbau und Wirkung eines Antikorruptionsgerichts, Landreform), liefert unsere Studie eine ebenso wichtige Mikro-Perspektive. Hierbei stehen vor allem deutsche Unternehmen im Vordergrund, die in der Ukraine tätig sind, was natürlich für die sektorale Ausrichtung der Empfehlungen entscheidend ist. Gleichzeitig würden jedoch auch alle anderen in der Ukraine tätigen Firmen von den vorgeschlagenen Reformen profitieren.

Entscheidend ist jedoch die Umsetzung unserer Vorschläge; hierbei ist insbesondere an die rechtliche Umsetzung zu denken. Eine Unterstützung bei der konkreten Erarbeitung von verbesserten Rahmenbedingungen kann an dieser Stelle unsererseits zugesichert werden.

---

#### **Autor**

Robert Kirchner, [kirchner@berlin-economics.com](mailto:kirchner@berlin-economics.com)

#### **Herausgeber**

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Eine ausführliche Behandlung der Thematik bietet PS/03/2018 [„Unlocking investment through reforms: Proposals from German business in Ukraine“](#).

[Für den Newsletter anmelden](#)

---

#### **Deutsche Beratergruppe Ukraine**

[www.beratergruppe-ukraine.de](http://www.beratergruppe-ukraine.de)

Die Beratergruppe berät seit 1994 die ukrainische Regierung zu wirtschaftspolitischen Fragen. Sie wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und wird durch das Beratungsunternehmen Berlin Economics implementiert.

 Berlin  
Economics

BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin  
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | [info@berlin-economics.com](mailto:info@berlin-economics.com) | [Impressum](#)